

## Demokratische Kontrolle von Ratsbeschlüssen in der Corona-Krise sicherstellen!

Die Corona-Krise stellt auch die Ratspolitik in Osnabrück vor große Herausforderungen.

Tatsächlich ist es so, dass bereits jetzt Eilentscheidungen vom Verwaltungsausschuss getroffen wer-

„Eine Übertragung von Rechten auf den nicht-öffentlich tagenden Verwaltungsausschuss ist nicht angemessen und rechtlich auch überaus fragwürdig. Wir brauchen in der Krise nicht weniger, sondern mehr Demokratie und Mitbestimmung! Es darf zu keiner Beschneidung der Rechte der kommunalen Vertreter\*innen und der Beteiligung der Öffentlichkeit kommen. Wir müssen diese Krise gemeinsam und unter Wahrung der demokratischen Strukturen bewältigen.“, merkt Brandes-Steggewentz weiter an. Ratsfrau Heidi Reichinnek betont: „Die Ratssitzung können während der Corona-Krise unter den erforderlichen Hygieneschutzmaßnahmen und in größeren Räumlichkeiten weiter durchgeführt werden. Hier bieten sich die Räumlichkeiten der Osnabrück Halle an. Dabei sollten sich die Sitzungen auf essenzielle Entscheidungen beschränken und wären damit auch zeitlich begrenzt.“



*„Es darf zu keiner Beschneidung der Rechte der kommunalen Vertreter\*innen und der Beteiligung der Öffentlichkeit kommen.“*

**Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.  
Giesela Brandes-Steggewentz**

Bereits die letzte Ratssitzung im März lief unter schwierigen Bedingungen. So nahmen nur 2/3 der Ratsmitglieder teil, um die entsprechenden Abstandsregelungen und hygienischen Sicherheitsbedingungen einhalten zu können. Außerdem wurde auf die meisten politischen Anträge verzichtet, um die Dauer der Sitzung zu verkürzen. Diese Maßnahmen haben gut funktioniert und für eine rechtmäßige und sichere Ratssitzung gesorgt.

„Es ist komplett unverständlich, warum nun von der Verwaltung und den größeren Fraktionen der CDU, SPD und den Grünen gefordert wird in der nächsten Zeit auf Ratssitzungen zu verzichten und Rechte auf den Verwaltungsausschuss zu übertragen.“, äußert sich unsere Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz dazu.

den können, wenn der Rat nicht rechtzeitig tagen kann. Darüber hinaus sind Sitzungen der kommunalen Vertreter\*innen vom Veranstaltungsverbot des Landes zur Corona-Krise explizit angenommen. Der Verwaltungsausschuss ist das zweithöchste Gremium der Stadt nach dem Rat. Der deutliche Unterschied ist, dass im Verwaltungsausschuss keine Öffentlichkeit zugelassen ist und die kleineren Fraktionen und Einzelratsmitglieder keine Stimme haben und letztere auch kein Rederecht.

*„Die Ratssitzungen können während der Corona-Krise unter den erforderlichen Hygieneschutzmaßnahmen und in größeren Räumlichkeiten weiter durchgeführt werden.“*

**Ratsfrau DIE LINKE.  
Heidi Reichinnek**





## Keine Streichung der Fördermittel für die Flüchtlingshilfe

In einem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen forderten wir in der Ratssitzung im Februar, dass es zu keinen Streichungen bei den Fördermitteln für die Flüchtlingshilfe kommt.

Ort. Die Integration von geflüchteten Menschen ist noch lange nicht abgeschlossen, sondern ein fortdauernder Prozess. Wir sind auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen, die öffentliche Hand war mit den

Sprachkurse des Vereins „Solidarisches Osnabrück“ und das Projekt „Freizeit für Flüchtlingskinder“ des Vereins Exil betroffen. Diese Projekte beziehen Mittel aus dem Fördertopf des Landes, der nun gestrichen werden soll.



*„Wir sind auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen, die öffentliche Hand war mit den entstehenden Aufgaben überfordert und sollte dankbar sein für alles, was ehrenamtlich geleistet wird!“*

**Heidi Reichinnek**

Reichinnek fordert: „Es kann nicht sein, dass sich Land und Bund hier mal wieder aus der Verantwortung nehmen und die Last bei den Kommunen abwerfen. Dann auch noch damit zu argumentieren, dass die Zahl neu ankommender geflüchteter Menschen sinken würde, ist glatter Hohn—speziell wenn man bedenkt, wie die Bundesregierung sich diese sinkenden Zahlen erkauft.

Unsere Ehrenamtlichen haben alle Unterstützung verdient—wir brauchen diese finanzielle Unterstützung aus dem Landeshaushalt!“

Die Landesregierung plant die Mittel für die Flüchtlingshilfe zu Kürzen. In Osnabrück wären eine Vielzahl von ehrenamtlichen Projekten von diesen Kürzungen betroffen.

„Die Landesregierung torpediert mit ihrem Vorhaben die so wichtige und hervorragende Arbeit von Ehrenamtlichen vor

entstehenden Aufgaben überfordert und sollte dankbar sein für alles, was ehrenamtlich geleistet wurde und wird. Eine Streichung dieser Mittel ist ein fatales Signal und darf nicht umgesetzt werden!“, äußert sich Ratsfrau Heidi Reichinnek.

Von der Streichung sind in Osnabrück unter anderem die

## Erschließungsstraße für Wohn- und Wissenschaftspark darf nicht gebaut werden

Mit der geplanten Erschließungsstraße holen Verwaltung, CDU und SPD die Pläne für die Westumgehung unter dem Deckmantel Erschließungsstraße wieder aus der Schublade. Giesela Brandes-Steggewentz dazu: „Die Pläne für die Westumgehung müssen ein für alle mal im Papierkorb entsorgt werden und

der Weg für eine nachhaltige Mobilitätswende eingeleitet werden. Wir brauchen keine neuen Autostraßen, sondern müssen endlich ÖPNV und Radverkehr in den Vordergrund rücken!“

Die Verkehrspolitik der Stadt hat sich in den letzten Jahren schon deutlich geändert. „Das ist

gut so! Leider sind CDU und SPD mit der Erschließungsstraße in die andere Richtung unterwegs.“, bemerkt Fraktionsvorsitzende Brandes-Steggewentz. Der Protest von Einwohner\*innen aus dem Wissenschaftspark hat die „große Koalition“ in Osnabrück nicht beeindruckt.